

NSU: Gelangen VS-Akten an Linksextremisten?



Dass Geheimdienst und Transparenz sich nicht vertragen, auf diesen Gedanken scheint Jörg Geibert (CDU) nicht gekommen zu sein. Der thüringische Innenminister hatte Ende September den gesamten Datenbestand „Phänomenbereich Rechtsextremismus“ der Jahre 1991 bis 2002 – laut „Spiegel“ insgesamt 88 Kartons mit 778 Ordnern sowie eine digitale Version mit einer Größe von 175 Gigabyte – ungeschwärzt an Untersuchungsausschüsse von Bundestag und thüringischem Landtag geschickt.

Die thüringische Ausschussvorsitzende Dorothea Marx (Foto, SPD) will das hochsensible Material mit Klarnamen von Verfassungsschutzmitarbeitern, Informationen zu V-Leuten und Details zu operativen Aktionen dennoch verwenden. Heikel: In dem Gremium sitzt auch die Linksextremistin Katharina König, die in der Vergangenheit Gewalttaten gegen Polizeibeamte gerechtfertigt und den brutalen „Schwarzen Block“ als Bündnispartner bezeichnet hatte (PI berichtete). Die Gefahr, dass hochsensible Daten an linke Verfassungsfeinde gelangen, scheint mit Händen greifbar.

Der „MDR“ schreibt:

Der Erfurter Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie besteht auf ungeschwärzte Akten. Die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx sagte: „Nach der Rechtslage in Thüringen gibt es keinen Anlass, die Dokumente zu schwärzen.“ Thüringens Innenminister Jörg Geibert hatte den Neonazi-Untersuchungsausschüssen im Bundestag und im Thüringer Landtag mehrere hundert teilweise geheime Akten ungeschwärzt zukommen lassen. Damit zog er sich die Kritik der

Innenministerkonferenz zu.

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Lorenz Caffier hatte den Landtagsausschuss aufgefordert, die Geheimdienstakten vor der Behandlung im Ausschuss durch einen Ermittlungsbeauftragten vorsortieren zu lassen und sensible Passagen wie die Klarnamen von Quellen und Fallbezeichnungen zu schwärzen. Marx verwies dagegen darauf, dass sich die Ausschussmitglieder sehr wohl ihrer Verantwortung für die heiklen Unterlagen bewusst seien: „Was uns mit dem Stempel ‚Geheim‘ ausgehändigt wird, tragen wir nicht auf den Markt und stellen wir nicht ins Internet“. Im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ forderte Marx die Innenminister auf, abzuwägen, welcher Vertrauensverlust bei den Bürgern, vor allem den Hinterbliebenen der Mordopfer entstehe, wenn die Parlamentarier ein mögliches Fehlverhalten der Geheimdienste nicht lückenlos aufklären könnten.

Das Rechtsstaatsverständnis von Katharina König können Sie in unten stehendem Video ab etwa 1:10 bewundern.